

## Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 19. August 2013

Verfasserin: Stefanie Huber

*Der Kantonsrat bestätigte sehr knapp einen Vorstoss in unserem Sinn, der es den Gemeinden erlaubt, Zonen festzulegen, in denen die Bauherren erneuerbare Energien nützen müssen. Der Kantonsrat sprach sich ebenfalls nur knapp in unserem Sinne für einen Gegenvorschlag zur kantonalen Volksinitiative „Für mehr bezahlbaren Wohnraum“ aus. Bei beiden Beschlüssen ist ein Referendum nicht ausgeschlossen.*

*Eine Standesinitiative, die das kantonale Mitbestimmungsrecht bei Atommüllendlagern wieder einführen wollte, scheiterte.*

### **Gegenvorschlag zur kantonalen Volksinitiative „Für mehr bezahlbaren Wohnraum“** (Thomas Wirth)

Die VI fordert die gesetzlichen Grundlagen, damit Gemeinden Zonen für preisgünstigen Wohnraum schaffen können, die nach dem Prinzip der Kostenmiete bewirtschaftet werden sollen. In der Kommission wurde ein Gegenvorschlag erarbeitet, der es Gemeinden erlaubt, im Zusammenhang mit einer Erhöhung der Ausnützung den Bau von preisgünstigem Wohnraum vorzuschreiben. Dies vor allem mit dem Hintergrund, dass Gemeinden die Möglichkeit haben sollen, für eine gute Durchmischung der Bevölkerung zu sorgen. Die Gemeinden erlassen Bestimmungen zur angemessenen Belegung. Mit diesem Gegenvorschlag liegt eine praktikable Regelung vor, welche das Instrumentarium der Gemeinden zur Förderung des preisgünstigen Wohnraums erweitert.

### **Sonnenenergie auf den Gebäuden (und erneuerbare Energien) nutzen** (Barbara Schaffner)

Ursprünglich basierend auf einer parlamentarischen Initiative hat der Kantonsrat nun eine Änderung des Planungs- und Baugesetzes gutgeheissen, die es den Gemeinden ermöglicht, Anordnungen zur Nutzung erneuerbarer Energien in spezifisch bezeichneten Gebieten zu treffen. Im Gegensatz zur ursprünglichen PI wurde die nun gültige Version auf erneuerbare Energien generell ausgedehnt, wodurch jeweils die lokal geeignetesten Energieerzeugungsmöglichkeiten verwendet werden können. Die Kann-Formulierung überlässt die zusätzlichen Anordnungen den Gemeinden, welche diese gestützt auf eine Energieplanung gezielt umsetzen können.

### **(Keine) Standesinitiative zur Wiedereinführung des kantonalen Mitbestimmungsrecht bei Atommüllendlagern** (Barbara Schaffner)

Eine parlamentarische Initiative, mit Michèle Bättig als Mitunterzeichnerin, forderte eine Standesinitiative, welche die Zustimmung der von einem Endlager betroffenen Kantone forderte. Dies solange der Neubau oder die Erneuerung von Atomkraftwerken endgültig verboten wäre.

Weil der Bund diverse Regionen im Kanton Zürich für solche Lager in Betracht zieht, sind wir der Ansicht, dass von uns als Betroffene die Zustimmung eingeholt werden müsste.

Der Rat lehnt die Initiative ab, u.a. mit Hinweis auf die Einflussnahme des Kantons im Sachplanverfahren des Bundes und die Mitsprachemöglichkeiten der Bevölkerung über die Regionalkonferenzen.

*Zum Schluss eine kleine Randnotiz: Mit dem Nachrücken zweier Frauen für zwei zurücktretende Kantonsräte zählt der Kantonsrat seit gestern nun genau 60 Frauen, welche damit ein Drittel der Sitze innehaben (bei uns in der glp sind 6 der 19 Fraktionsmitglieder Frauen).*